

11. Wahlperiode

25.11.1992
the-ma

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Protokoll

30. Sitzung (nicht öffentlich)

25. November 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.45 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dr. Schwericke (CDU)

Stenograph: Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

1

**Bericht des Präsidenten des Wissenschaftszentrums,
Herrn Prof. Dr. Gert Kaiser, und Aussprache (§ 32 GO)**

**Dem Bericht des Präsidenten des Wissenschaftszentrums
schließt sich eine Diskussion mit den Ausschuß-
mitgliedern an.**

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz 1993)

16

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/4200 und 11/4626

hier: Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie

Vorlagen 11/1512, 11/1535 und 11/1536

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie nimmt den Einzelplan 08 unter Berücksichtigung der in der heutigen Sitzung beschlossenen Änderungen - siehe Anlagen 1 und 2 zu Drucksache 11/4708 - mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN an.

Berichterstatter für den Haushalts- und Finanzausschuß:
Abgeordneter Apostel (SPD)

Nächste Sitzung: 20.01.1993

Er nehme, so führt **Prof. Dr. Kaiser** aus, diesen Gedanken gern auf, weil der angesprochene Verlust der Bindungswirkung großer Institutionen eines der zentralen Themen dieser Zeit zu sein scheine. Dieser Verlust habe zu so dramatischen Erosionen der Bindungen von Menschen geführt, daß man sich die Frage stellen müsse, ob das Ereignis hinreichend beschrieben sei, wenn man einfach nur einen zunehmenden Individualismus benenne. Er sei sich sicher, daß das Wissenschaftszentrum in Düsseldorf, aber auch seine Institute dieser Frage in irgendeiner konkreten Form nachgehen würden.

Der **Vorsitzende** dankt dem Präsidenten des Wissenschaftszentrums für den Besuch des Wirtschaftsausschusses und für die souveräne Beantwortung der teilweise durchaus kritischen Fragen.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz 1993)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/4200 und 11/4626

hier: Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Vorlagen 11/1512, 11/1535 und 11/1536

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, daß der Wirtschaftsminister die Ausschußmitglieder mit Schreiben vom 09.11. wunschgemäß über den Stand der Bindungen aufgrund von Verpflichtungsermächtigungen unterrichtet habe.

Abgeordneter Skorzak (CDU) beanstandet, daß die Änderungsanträge im Gegensatz zur bisherigen Übung offenbar nur an die Vorsitzenden der Arbeitskreise verteilt worden seien.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
30. Sitzung

25.11.1992
the-ma

Abgeordneter Stüber (SPD) betont, daß die SPD-Fraktion ihre Änderungsanträge bereits am Montag dem Ausschußvorsitzenden und den drei Vorsitzenden der Arbeitskreise der anderen Fraktionen zugeleitet habe. Es sei nicht Aufgabe der SPD-Fraktion, für die Verteilung an jedes einzelne Ausschußmitglied zu sorgen.

Die Änderungsanträge der GRÜNEN habe er gestern nachmittag erhalten, die umfangreichen Antragspakete der beiden anderen Fraktionen erst heute morgen. Dies sei eine zu kurze Frist, um sorgfältig beraten zu können. Man sollte sich für die Zukunft wieder auf einen rechtzeitigen Austausch der Anträge verständigen.

Der **Vorsitzende** stellt fest, daß alle Anträge, die ihn beziehungsweise das Ausschußsekretariat erreicht hätten, automatisch sofort an die anderen Fraktionen verteilt worden seien. Um einen gleichmäßigen Informationsstand zu gewährleisten, würden die Anträge jetzt an alle Ausschußmitglieder verteilt.

Abgeordneter Skorzak (CDU) bittet darum, für die Zukunft wieder sicherzustellen, wie es auch in der Vergangenheit gehandhabt worden sei, daß zu Beginn der Sitzung den Abgeordneten die Änderungslisten der jeweils anderen Fraktionen vorlägen.

Abgeordneter Meyer (CDU) bedauert, daß er die Anträge seiner Fraktion nicht früher habe verteilen können, weil erst gestern der Fraktionsvorstand dazu getagt habe.

Als viel wesentlicher aber sehe er es an, daß der Ausschuß den Haushalt zweimal in aller Ausführlichkeit beraten habe und die Landesregierung nun kurzfristig noch Änderungen und Ergänzungen zum Haushaltsplan vorgelegt habe, zu denen man vor drei oder vier Wochen noch ganz andere Erläuterungen gehört habe. Wenn dies schon bei der Landesregierung mit ihrem umfangreichen Beamtenapparat so schlecht funktioniere, dann werde man den Fraktionen, die ungleich schlechter ausgestattet seien, daraus keinen Vorwurf machen können.

Zum Verfahren stelle er den Antrag, daß die von der Landesregierung vorgelegte Ergänzung zum Haushaltsplanentwurf dem Ausschuß zunächst erläutert werde.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) erklärt, die Verzögerung in der Zuleitung der Anträge seiner Fraktion sei dadurch entstanden, daß man die Anträge zunächst auf den ursprünglichen Haushaltsplanentwurf bezogen habe, danach aber noch die Ergän-

zungsvorlage der Landesregierung habe einarbeiten müssen. Die Anträge seien dann gestern nachmittag per Boten im Landtag verteilt worden.

Der **Vorsitzende** stellt als einvernehmliche Auffassung des Ausschusses fest, daß in Zukunft wieder ein rechtzeitiger Austausch der Anträge sichergestellt werden müsse.

Staatssekretär Krebs (MWMT) nimmt sodann zu den den Einzelplan 08 betreffenden Änderungen aufgrund der Ergänzungsvorlage der Landesregierung Stellung und weist darauf hin, daß die Beschlußfassung der Landesregierung über den Haushaltsentwurf 1993 inzwischen über vier Monate zurückliege; seither hätten verständlicherweise eine Reihe von Entwicklungen dazu geführt, daß die Landesregierung mit der Drucksache 11/4626 vom 10.11.1992 entsprechende Ergänzungen des Haushaltsplanentwurfs eingebracht habe.

1. Im Kapitel 08 010 Titel 526 10 gebe es einen Mehrbedarf für Gutachten für Informations- und Kommunikationstechnik im MWMT. Man wolle ein Gutachten über Bürokommunikation, über die zunehmende Komplexität der Steuerung und der Erstellung eines Kommunikationssystems erstellen, das die Vernetzung der vorhandenen und sich noch zusätzlich ergebenden Programme, Strukturen und Informationsdatenbanken untersuche.

Er habe eine entsprechende Expertengruppe im Hause eingesetzt, die das Konzept erarbeite und gleichzeitig einer Beratung und Unterstützung bedürfe, um im Abgleich der Hard- und der Software und der spezifischen Fragestellung im Wirtschaftsministerium sachverständigen Rat von außen einzuholen.

Der Mehrbedarf betrage für 1993 160 000 und für 1994 200 000 DM.

2. Sehr viel umfangreicher sei die Einrichtung des neuen Titels 546 30 in Kapitel 08 010: Entgelte für die Durchführung von Förderprogrammen.

Für die Abwicklung der regionalen Wirtschaftsförderungsprogramme erhielten die Investitionsbank und die Hausbanken Bearbeitungsgebühren, die bislang vom Zuschuß einbehalten würden. Die Bundesregierung habe nun dieses Verfahren für den Bereich der Gemeinschaftsaufgabe gerügt, weil damit im Ergebnis eine Verkürzung der Investitionszuschüsse eintrete. Ab 1993 müßten deshalb die Entgelte für das Bankverfahren, und zwar dann auch für die übrigen Programme der regionalen Wirtschaftsförderung, aus dem Landeshaushalt gezahlt werden.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
30. Sitzung

25.11.1992
the-ma

Die Fälligkeit des Entgeltes solle an den Zeitpunkt der Mittelauszahlung geknüpft werden. Der daraus entstehende Mittelmehrbedarf mache für 1993 rund 3 Millionen, für 1994 rund 7 Millionen und ab 1995 rund 10 Millionen DM pro Jahr aus.

3. Kapitel 08 030 Titelgruppe 66: Verbraucherberatung. Für die Verbraucherzentralen verschiedener Länder und so auch für die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen sei ein Tarifvertrag geschlossen worden, der vorsehe, daß die Angestellten der Verbraucherzentralen nunmehr nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT eingruppiert würden. Bislang habe die Verbraucherzentrale Einzelarbeitsverträge geschlossen, die zwar eine Vergütung nach BAT, nicht aber eine Eingruppierung nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT vorsähen.

Eine Stellenbewertung auf der Basis eines Gutachtens einer Wirtschaftsberatungsgesellschaft habe zu dem Ergebnis geführt, daß der überwiegende Teil der Angestellten der Verbraucherzentralen einen tarifrechtlich begründeten Anspruch auf Höhergruppierung habe.

Für die unter die institutionelle Förderung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie fallenden Angestellten der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen belaufe sich der aus Landesmitteln abzudeckende Mehrbedarf in 1993 auf 1 017 000 DM.

4. Kapitel 08 030 Titelgruppe 69: Finanzierungshilfen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (Landesaufgabe). Hierbei gehe es zum einen um den Truppenabzug. Ein wesentliches Kriterium bei der Abgrenzung der Landesfördergebiete sei die Betroffenheit beim Truppenabzug gewesen, worüber hier im Ausschuß ausführlich diskutiert worden sei.

Inzwischen würden in zunehmender Zahl Liegenschaften von den britischen und belgischen Streitkräften sowie von der Bundeswehr geräumt. Im Rahmen der gemeindlichen Umnutzungsüberlegungen tauchten insbesondere bei Großliegenschaften Fragen auf, wie beispielsweise Militärflächen mit größtmöglichem Nutzen für die regionale Wirtschaftsstruktur und die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen verwertet werden könnten.

Es sei deshalb notwendig, den vom Truppenabzug besonders betroffenen Kommunen Hilfestellung in Form von Beratungsleistungen zu geben.

Zum anderen spiele in dem Titel die gemeindeübergreifende Flächenplanung eine Rolle. Bei der kommunalen Flächenpolitik stelle sich zunehmend das Problem, daß

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
30. Sitzung

25.11.1992
the-ma

Gewerbeflächenplanungen gemeindeübergreifend erfolgen müßten. Für die kommunalverfassungs-, finanz- und steuerrechtlichen Auswirkungen gebe es bisher keine Modelle. Auch hier sei eine Hilfe des Landes notwendig.

Für die Gewährung dieser beiden Hilfen sei ein neuer Titel mit einem Ansatz von 2,5 Millionen DM eingerichtet worden.

5. NRW/EG-Programm RETEX, Kapitel 08 030 Titel 346 52 sowie Titelgruppen 89 und 91 (neu). Es handele sich um ein neues Programm für die vom Textil- und Bekleidungssektor stark abhängigen Regionen. Das Land sei durch den Bund über die Einsetzung dieses Programms und über sein finanzielles Volumen erst Anfang September unterrichtet worden.

Der Programmzeitraum sei 1993 bis 1997. Gebietskulisse für Nordrhein-Westfalen sei die Arbeitsmarktregion Bocholt. Programmvolume: 3,2 Millionen DM EG und 2,9 Millionen DM Nordrhein-Westfalen; Bedarf 1993 im Ansatz: 330 000 DM, Verpflichtungsermächtigungen 2,8 Millionen DM; komplementäre Landesmittel im Ansatz 300 000 DM; Verpflichtungsermächtigungen 2,636 Millionen DM.

6. Das REN-Programm, Demonstrations- und Breitenförderung, Kapitel 08 060 Titelgruppe 61. Minister Einert habe in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 28.10.1992 einen ausführlichen Bericht über das REN-Programm gegeben. In der Sitzung am 04.11.1992 sei bereits angekündigt worden, daß der Programmansatz für 1993 um 16 Millionen DM erhöht werden müsse, um den Antragsstau in angemessener Zeit abarbeiten zu können. Zur Vermeidung von Wiederholungen verweise er auf die Ausführungen des Ministers.

7. Bergaufsichtliche Ersatzvornahmen, Kapitel 08 110 Titel 536 20. Bergbehörden seien zuständig für Maßnahmen zur Gefahrenabwehr aus verlassenen Grubenbauen, die nicht mehr der Bergaufsicht unterlägen (§ 48 Abs. 4 OBG).

In letzter Zeit seien verstärkt unvorhersehbare Schäden aufgetreten, die dringend beseitigt werden müßten. Der Mehrbedarf für 1993 werde auf etwa 1,3 Millionen DM geschätzt.

Insgesamt betrage der Mehrbedarf 1993 im Einzelplan 08 bei den Ausgaben 22 107 000 DM und bei den Verpflichtungsermächtigungen 11 003 000 DM.

Die Einsparmöglichkeiten im Einzelplan 08 seien äußerst begrenzt. Dennoch sei es gelungen, den Mehrbedarf im Einzelplan 08 durch Minderausgaben und zu einem

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
30. Sitzung

25.11.1992
the-ma

geringen Teil durch Mehreinnahmen in vollem Umfang auszugleichen. Um dieses Ziel zu erreichen, sei es notwendig gewesen, auch die Landesaufgabe um 3 Millionen DM zu kürzen; weitere Einsparungen seien in folgenden Bereichen möglich gewesen: Strahlenschutzrufbereitschaft 160 000 DM, Ziel-2-Gebiete (Landesanteil) 1 317 000 DM, Revierausgleich - hierbei handele es sich um einen echten Minderbedarf - 16 Millionen DM. Daneben hätten sich Einnahmeverbesserungen beim EG-Anteil für RETEX in Höhe 330 000 DM und bei den Gebühren des Materialprüfungsamtes durch eine Gebührenerhöhung für die Personendosimetrie in Höhe von 1 300 000 DM ergeben.

Die Summe der Minderausgaben und der Mehreinnahmen belaufe sich auf 22 107 000 DM und entspreche damit genau der Höhe der notwendigen Mehrausgaben. Der Mehrbedarf für die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 11 003 000 DM werde in voller Höhe beim Technologieprogramm Bergbau eingespart.

Abgeordneter Meyer (CDU) erkundigt sich, seit wann die Änderung im Revierausgleich feststehe. Der Revierausgleich sei seines Wissen abhängig davon, welche Schachtanlagen betrieben würden; es sei ein Ausgleich für die Schachtanlagen etwa im Aachener Revier und in Ibbenbüren für die höheren Transportkosten gegenüber den Anlagen, die direkt im Revier angesiedelt seien. Insofern hätte seiner Meinung nach spätestens beim Auslaufen dieser Anlagen bekannt sein müssen, daß entsprechende Minderausgaben entstünden.

Staatssekretär Krebs (MWMT) erwidert, die Änderung beruhe auf einer Mitteilung des Bundesamtes für Wirtschaft nach der Sommerpause; das Land habe darauf keinerlei Einfluß.

Leitender Ministerialrat Dr. Fornelli (MWMT) erläutert, diese Regelung gehe auf die sogenannte Kanzler-Runde im Jahre 1989 zurück. Damals seien der Revierausgleich und die Erschwerniszulage für den Einsatz niederflüchtiger Kohle aus den Verstromungsregelungen herausgenommen worden.

Das Ganze werde über Zuwendungsbescheide des Bundes abgewickelt. Wie bei Kohlehilfen üblich, beteilige sich Nordrhein-Westfalen mit einem Drittel. Der hier zur Diskussion stehende Minderbedarf von 16 Millionen DM stelle einen rechnerischen Vorgang dar und habe mit Zechenstillegungen und dergleichen nichts zu tun. Es gehe

dabei einfach um Zahlen, die dem Land relativ spät vom Bundesamt für Wirtschaft übermittelt worden seien.

Abgeordneter Meyer (CDU) macht geltend, daß diese Nachricht die Landesregierung somit lange vor den jetzigen Haushaltsberatungen erreicht habe. - **Staatssekretär Krebs (MWMT)** erklärt, nach der Sommerpause nehme das Verfahren seinen normalen Beschlußgang. Dann müsse die Landesregierung beschließen, in welcher die Form die Einbringung erfolgen solle. Er halte dies für einen vertretbaren Zeitraum.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) möchte wissen, seit wann die Information vorliege, daß die Gebührenerhöhungen bei der Personendosimetrie um 1,3 Millionen DM möglich seien. Er fragt ferner nach der Möglichkeit, die Gebühren auf 3 Millionen DM zu erhöhen.

LMR Dr. Warnke-Gronau (MWMT) gibt zu bedenken, daß die Gebühren nicht beliebig erhöht und mehr als verdoppelt werden könnten, weil sich auch die Zahl der zu prüfenden Einrichtungen nicht in kurzer Zeit verdoppeln werde.

Er bezweifle auch, ob eine Verdoppelung der Gebühren dem Zweck entspreche, bei den mit Röntgenstrahlen arbeitenden Einrichtungen der Arbeitsplatz- und Patientensicherheit zu dienen. Bisher jedenfalls habe dieser Gesichtspunkt und nicht der der Gebühreneinnahmen im Vordergrund gestanden.

Die Gebühren würden von den Einrichtungen - wie Krankenhäusern, Laboratorien - gezahlt, an denen Mitarbeiter/innen sowie Patienten mit Röntgenstrahlen belastet würden. Die Prüfung, ob die Strahlensicherheit gegeben sei, erfolge durch das Materialprüfungsamt.

Konkret, so fügt **Staatssekretär Krebs (MWMT)** hinzu, gehe es um die nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz vorgeschriebenen Plaketten, die jeder tragen müsse, der mit Strahlen umgehe. Diese Plaketten würden von den Einrichtungen an das Materialprüfungsamt geschickt und dort ausgewertet. Bei denjenigen, die an die Grenze stießen, werde geprüft, ob eine Reduktionsnotwendigkeit gegeben sei.

In Beantwortung weiterer Fragen des Abgeordneten Dr. Busch (GRÜNE) teilt LMR Dr. Warnke-Gronau (MWMT) mit, die Erhöhung der Gebühren sei vom Materialprüfungsamt, einer nachgeordneten landeseigenen Einrichtung, mit Einverständnis des MWMT festgelegt worden; er habe davon im Oktober dieses Jahres gehört.

Der Ausschuß verständigt sich sodann auf Vorschlag des Vorsitzenden darauf, zunächst über die Anträge der Oppositionsfraktionen CDU, F.D.P. und GRÜNE und anschließend über die Anträge der SPD-Fraktion abzustimmen.

Eine Zusammenstellung aller Anträge mit den Abstimmungsergebnissen ist der Beschlußempfehlung und dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/4708 als Anlage 1 und Anlage 2 beigeheftet. Dabei sind folgende Abweichungen zu berücksichtigen:

- Antrag Nr. 12 (F.D.P.) betr. Kap. 08 030 Titel 682 10:
Die beantragte Kürzung lautet 4 Millionen DM.
- Antrag Nr. 19 (GRÜNE) betr. Kap. 08 030 Titel 891 40.
- Antrag Nr. 26 (F.D.P.) betr. Kap. 08 838 Titelgruppe 64:
Einige CDU-Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.
- Antrag Nr. 27 (F.D.P.) betr. Kap. 08 030 Titelgruppe 65: F.D.P. und GRÜNE haben für den Antrag gestimmt
- Antrag Nr. 38 (SPD) betr. Kap. 08 030 Titelgruppe 96:
Die F.D.P. hat sich der Stimme enthalten.

Im folgenden Teil des Diskussionsprotokolls werden nur die Anträge erwähnt, zu denen noch eine Diskussion stattfindet.

a) Anträge der CDU-Fraktion

Zu den Anträgen seiner Fraktion auf Stelleneinsparungen äußert Abgeordneter Meyer (CDU) angesichts der Pressemeldungen der letzten Tage Zweifel, ob die Kürzungsanträge noch ausreichend seien. Er signalisiert die Bereitschaft seiner Fraktion,

weitergehenden Kürzungen zuzustimmen, falls die SPD über die bisherigen Vorstellungen der CDU hinausgehen wolle.

Abgeordneter Stüber (SPD) rät der CDU, den Antrag zurückzuziehen; denn darin werde willkürlich, ohne das Ergebnis der laufenden Organisationsuntersuchungen abzuwarten, der Abbau von 20 Stellen beantragt. Es handele sich dabei um eine gegriffene Zahl; ein solcher Antrag sei also nicht seriös.

Auch die weiteren Anträge der CDU erweckten bei ihm den Eindruck, daß sie allein aus der Aussage des Bundesfinanzministers geboren seien, die Landeshaushalte sollten nur um 3 % steigen. Da der Landeshaushalt NW eine Steigerungsrate von 3,5 % ausweise, habe die CDU daraus offenbar den Schluß gezogen, daß die Steigerung generell um 0,5 Prozentpunkte gesenkt werden müsse. Dabei habe sie übersehen, daß der Einzelplan 08 schon um rund 10 % reduziert worden sei, so daß die CDU, wenn sie strikt dem Bundesfinanzminister folgen wollte, sogar eine Erhöhung dieses Einzelplans hätte beantragen müssen. Die SPD jedenfalls werde solchen Anträgen nicht folgen.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) betont, daß außer Bundesfinanzminister Waigel auch NW-Finanzminister Schleußer schwer zu verstehen sei, wenn er jetzt schon Kürzungen in wesentlichen Bereichen bekanntgebe, die noch gar nicht den Organisationsuntersuchungen unterworfen worden seien.

Solange die CDU allerdings beantrage, 20 Stellen im Wirtschaftsministerium zu streichen, ohne gleichzeitig zu sagen, wo und warum diese Streichungen beantragt würden, könne er sich dem nicht anschließen, wenngleich er davon ausgehe, daß es dort Personalreserven gebe. Das allerdings sei für ihn keine ausreichende Grundlage für einen Haushaltsantrag, und deswegen werde er sich bei diesen Anträgen der Stimme enthalten.

Abgeordneter Stüber (SPD) weist darauf hin, daß es einen Auftrag an eine unabhängige, speziell hierfür eingerichtete Arbeitsgruppe gebe, alle Dienststellen des Landes einschließlich der Ministerien zu untersuchen. Diese sogenannte Kahlenberg-Gruppe vergebe Gutachten an Außenstehende. Auf dieser Basis werde die Arbeitsgruppe Vorschläge unterbreiten. Inzwischen gebe es wohl erste Zwischenberichte, die aber weder im Kabinett noch in der Fraktion beraten, geschweige denn beschlossen worden seien.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
30. Sitzung

25.11.1992
the-ma

Sein Plädoyer werde sein, die zu erwartende breite Palette von Vorschlägen politisch zu diskutieren und sorgfältig daraufhin zu prüfen, was davon sinnvoll und weniger sinnvoll sei.

In den von seiner Fraktion beantragten Kürzungen sehe er keine Beeinträchtigung der Sacharbeit des Ministeriums, erklärt Abgeordneter Meyer (CDU). Den Vorschlägen lägen zwei Überlegungen zugrunde, mit denen sich auch die Zahlen, die er eher als ein Minimum ansehe, begründen ließen.

Ein Grund sei, daß in den letzten Jahren aus dem Ministerium eine Reihe von Aufgaben verlagert worden seien, was sich auch in der Stellenbesetzung niederschlagen müsse.

Zum zweiten könnte ein Teil der Stellen im Ministerium, auf denen inzwischen Mitarbeiter ausschließlich unter dem Aspekt der Zuarbeit für parteipolitische Zwecke beschäftigt und sogar noch neu eingestellt würden, wegfallen, ohne daß dadurch die Sacharbeit des Ministeriums beeinträchtigt würde.

Den beantragten Kürzungen bei den nachgeordneten Behörden liege eine andere Überlegung zugrunde: Hier müsse man einfach eine Fluktuation unterstellen. Wenn man davon ausgehe, daß innerhalb von fünf Jahren 10 % wegfallen sollten, dann könne man pro Jahr an eine 2%ige Kürzung denken. Diese Annahme werde nach allem, was er lese, durch die aus der Landesregierung zu vernehmenden Vorstellungen überflügelt. Insofern könnte man dies als Minimum vorab beschließen. Ansonsten müsse er an der Ernsthaftigkeit der erklärten Einsparungsnotwendigkeiten zweifeln.

Staatssekretär Krebs (MWMT) hebt hervor, daß das Wirtschaftsministerium mit dem jetzigen Personal in der Zuarbeit für den Wirtschaftsausschuß diesem etwa 4 000 Seiten zur Verfügung gestellt habe. Es gebe keinerlei Zuarbeit für die SPD.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) bezieht sich auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, in der er, offensichtlich mit Bezug auf das Jahr 1993, vom erforderlichen Personalabbau gesprochen habe. Aus der Presse erfahre man vom Finanzminister die Zahlen für die Stellenkürzungen, was angesichts der laufenden Beratungen über den Haushalt 1993 auch hierauf zu beziehen sei.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
30. Sitzung

25.11.1992
the-ma

Insofern mache es Sinn, sich jetzt über Zahlen zu unterhalten, und daher werde er dem Antrag der CDU zustimmen. Er selbst habe keinen Antrag dazu vorgelegt, weil die F.D.P. die Personalanträge einheitlich über den Unterausschuß "Personal" laufen lasse.

Zum Antrag der CDU, bei **Kapitel 08 030 Titel 831 61** - Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland - den Mittelansatz zu streichen, fragt **Abgeordneter Stüber (SPD)** unter Hinweis auf die vom Minister wunschgemäß nachgelieferte Information, ob dies die CDU zum Überdenken ihrer Position veranlasse.

Abgeordneter Meyer (CDU) macht deutlich, daß die CDU Zuschüsse zu Projekten der IBA Emscherpark noch nicht in Frage gestellt habe. Aus den bisherigen Begründungen sei jedoch in keiner Weise ersichtlich, warum eine Kapitalbeteiligung dieser Größenordnung im Wirtschaftshaushalt angesiedelt sein müsse, zumal in der entsprechenden Unterlage stehe, daß es sich um Angelegenheiten des Städtebauministeriums handele.

Angesichts der Tatsache, daß in zunehmendem Maße staatliche Aufgaben privatisiert werden sollten, müsse nach Auffassung der CDU nachdrücklich problematisiert werden, wenn zusätzliche Kapitalbeteiligungen von Seiten des Landes eingegangen würden. Ihm sei jedenfalls nicht verständlich, warum sich das Land mit solchen Summen am Eigenkapital beteiligen müsse.

Auch die F.D.P. sei, so merkt **Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** an, gegen eine Erhöhung der Staatsquote, wie dies auch der Ministerpräsident gefordert habe.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) spricht sich materiell für den Erhalt des Haushaltsansatzes aus. Unter formalen Gesichtspunkten sehe er darin jedoch eine Verletzung des Ressortprinzips und damit auch der Klarheit und Wahrheit des Haushalts, weil die Mittel im Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr ressortierten und deswegen nicht im Haushalt des Wirtschaftsministers ausgewiesen werden dürften. Deshalb werde er sich bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

Staatssekretär Krebs (MWMT) macht - auch mit Blick auf noch folgende Anträge - deutlich, daß es sich hierbei um den Handlungsrahmen für die Kohlegebiete handele,

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
30. Sitzung

25.11.1992
the-ma

der im Einzelplan 08 koordiniert und etatisiert werde. Es müsse ein Ministerium geben, das für Strukturpolitik, für Regionalpolitik, für Ausgleichsmaßnahmen für die vom Kohlerückzug besonders betroffenen Regionen zuständig und verantwortlich sei - und dies sei nach seiner Überzeugung der Wirtschaftsminister.

Das schließe nicht aus, daß einzelne Projekte in der Verantwortung anderer Ressorts lägen. Es gebe eine interministerielle Arbeitsgruppe, die selbstverständlich auch dem Wirtschaftsausschuß für Auskünfte zur Verfügung stehe.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) betont, er hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn die IBA insgesamt beim Wirtschaftsminister ressortierte. Er halte es jedoch haushaltsrechtlich für nicht zulässig, daß Mittel für die IBA sowohl beim Wirtschaftsminister als auch im Einzelplan 10 und im Einzelplan 15 veranschlagt seien.

Den Antrag seiner Fraktion, den Ansatz in **Kapitel 08 030 Titelgruppe 94 - Regionalstellen "Frau und Beruf"** - um 2 Millionen DM zu kürzen, begründet **Abgeordneter Meyer (CDU)** damit, daß nur solche Positionen im Wirtschaftshaushalt bleiben sollten, die im weitesten Sinne noch etwas mit Wirtschaft zu tun hätten. Was mit Gleichstellungsaufgaben zu tun habe, sollte im Haushaltsplan des dafür zuständigen Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann veranschlagt werden.

Die Regionalstellen betrieben nach Auffassung der CDU zum geringsten Teil Wirtschaftsförderung. Von daher erscheine ihm eine Ansatzerhöhung auf der Grundlage der bisherigen Konzepte nicht sinnvoll.

Abgeordneter Stüber (SPD) weist darauf hin, daß gegenwärtig eine vom Wirtschaftsminister angeregte Untersuchung über die Effektivität dieser Stellen stattfinde. Die bislang 32 Stellen betrieben überwiegend Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik und würden deshalb zu Recht vom Wirtschaftsministerium gefördert. Auch vor Ort seien sie überwiegend bei der Wirtschaftsförderung angesiedelt.

Mit der CDU sei er der Meinung, daß vom Wirtschaftsministerium nur die Stellen gefördert werden sollten, die auf den Gebieten der Qualifizierung und der Arbeitsmarktpolitik tätig seien, was aber nach seinem Dafürhalten auf die überwiegende Zahl der Stellen auch zutreffe. Wenn das Gutachten im zweiten Quartal nächsten Jahres vorliege, werde man daraus Schlußfolgerungen ziehen können. Die Anträge, die die CDU dazu jetzt stelle, sehe er jedoch als reine Willkür an.

Abgeordneter Meyer (CDU) bekräftigt, daß sich ein Teil dieser Stellen mit Dingen beschäftige, die mit der Sachaufgabe überhaupt nichts zu tun hätten; statt dessen konterkarierten sie jede wirtschaftspolitisch sinnvolle Entwicklung. In Hamm beispielsweise plane diese Stelle für 1,5 Millionen DM ein neues Haus für fünf Existenzgründerinnen, statt diese dem im Entstehen befindlichen Technologiezentrum zuzuführen.

Der größte definitive wirtschaftspolitische Effekt, der nach seiner Auffassung bisher von einer Vielzahl dieser Stellen ausgehe, sei der, daß die in diesen Stellen Beschäftigten einen Arbeitsplatz gefunden hätten.

Staatssekretär Krebs (MWMT) teilt mit, das Wirtschaftsministerium habe den vom Abgeordneten Meyer (CDU) angesprochenen Sachstand recherchiert. Aktuelle Presseverlautbarungen aus der Stadt Hamm sei zu entnehmen, daß der Stadtrat in dieser Sache noch keinen Beschluß gefaßt habe.

Für den Wirtschaftsminister halte er fest, daß es keine Bezuschussung für diesen Frauengewerbehof aus Technologie- oder Wirtschaftsförderungsmitteln gegeben habe und geben werde. Anliegen des Wirtschaftsministers sei es vielmehr, daß solche Gründungen im Technologiezentrum Hamm erfolgten.

Im übrigen gebe es selbstverständlich Beschäftigungswirkungen durch die Beratungsstellen "Frau und Beruf". Er erinnere in diesem Zusammenhang nur an die beiden erstgegründeten Stellen Hattingen 1 und 2. Was dort an Qualifikations- und Umstrukturierungsarbeit mit den Arbeitsämtern unter Einsatz entsprechender Programme geleistet worden sei, habe für die Region sozial-, wirtschafts- und strukturpolitische Bedeutung. Ähnliches könnte er anhand anderer Stellen nachweisen.

Er bitte deshalb, auf der Grundlage des erwähnten Gutachtens im Laufe des Jahres 1993 die Arbeit kritisch zu würdigen, was auch Konsequenzen für die weitere Förderung haben werde.

Zu der von der CDU beantragten Ausbringung von 896 880 DM bei **Kapitel 08 030 Titel 821 61 - Erwerb und Nutzbarmachung von Gewerbe- und Industrieflächen** - fragt **Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)**, ob der Ansatz dieser Titelgruppe, in der gegenseitige Deckungsfähigkeit bestehe, hierdurch erhöht werden solle oder ob an eine Deckung innerhalb der Titelgruppe gedacht sei.

Abgeordneter Meyer (CDU) macht deutlich, daß die CDU gern noch mehr Mittel hierfür eingesetzt hätte, wenn sie die finanziellen Möglichkeiten dazu gesehen hätte. Es handele sich dabei um eine Aufstockung, weil die CDU darin eine Schwerpunktaufgabe für die nächsten Jahre sehe. Es reiche nicht aus, nur von dem Problem der Gewerbe- und Industrieflächen zu reden. Wenn man daran nichts ändere, setze man die Konkurrenzfähigkeit Nordrhein-Westfalen aufs Spiel.

Abgeordneter Stüber (SPD) macht darauf aufmerksam, daß zum Beispiel im Handlungsrahmen für die Kohlegebiete und bei der LEG durchaus Mittel dafür zur Verfügung stünden, in diesem Bereich heute schon tätig zu werden. Es mache wenig Sinn, dafür jetzt einen eigenen Titel zu schaffen und ihn dann auch noch mit einer Summe auszustatten, bei der er sich frage, wie sie überhaupt zustande komme und was man damit in diesem Bereich erreichen wolle.

Der Handlungsrahmen, so gibt **Abgeordneter Meyer (CDU)** zu bedenken, habe das Problem, daß er nur regional beschränkte Möglichkeiten, nämlich für die Kohleregionen, biete. Es gebe aber auch in darüber hinausgehenden Bereichen des Landes Nachfrage nach neuen Industrie- und Gewerbeflächen. Wenn man Möglichkeiten dazu sehe, sei er durchaus bereit, den Ansatz auch noch zu erhöhen. Der CDU sei es lediglich darum gegangen, das Thema zu problematisieren. Es reiche nicht aus, einen solchen Titel mit einem Nullansatz zu versehen.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) führt aus, er hätte dem Antrag zugestimmt, wenn innerhalb des Programms eine Umschichtung vorgenommen worden wäre. Da aber kein Deckungsvorschlag vorliege und somit also die Schulden erhöht würden, müsse er gegen den Antrag stimmen.

Abgeordneter Meyer (CDU) stellt klar, daß dieser Antrag durch die von der CDU unterbreiteten Kürzungsvorschläge gedeckt sei, so daß es sich lediglich um eine Umschichtung handle. Insgesamt ergäben die CDU-Anträge ganz erhebliche Kürzungen mit der Zielrichtung, den investiven Bereich zu Lasten des konsumtiven Bereichs zu stärken.

b) Anträge der F.D.P.-Fraktion

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) begründet die Anträge seiner Fraktion im wesentlichen mit der Notwendigkeit, weiter zu sparen. So müsse unter dem Diktat des Sparens auch in Bereichen gekürzt werden, in denen die F.D.P., wenn es keine Neuverschuldung gegeben hätte, durchaus den ursprünglichen Ansätzen hätte zustimmen können.

Zu den von ihm eingereichten Anträgen bringt er zwei Änderungen ein: Die heutige Diskussion mit Professor Dr. Kaiser, die ihn überzeugt habe, veranlasse ihn dazu, den Antrag auf Kürzung des Ansatzes beim Wuppertal-Institut um 3 Milliarden DM zurückzuziehen.

Ferner stelle auch er noch einmal den Antrag, beim Handlungsrahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen den Ansatz von 8,47 Millionen DM für den Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland zu streichen.

Die beantragte Kürzung bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung sei darauf zurückzuführen, daß die F.D.P. von dem bisherigen Konzept der Inlandskampagne nicht überzeugt sei. Bei einem anderen Konzept wäre seine Fraktion durchaus bereit, dafür wieder Mittel zur Verfügung zu stellen.

Hinsichtlich des Eichamtes sei die F.D.P. der Meinung, daß es möglich sein müsse, kostendeckende Gebühren zu erheben und somit die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 2,1 Millionen DM auszugleichen.

Das Materialprüfungsamt sollte nach dem Willen der F.D.P. privatisiert werden. Das Amt erbringe Serviceleistungen für die Wirtschaft, die von dieser zu bezahlen seien. Da die F.D.P. gegen eine Subventionierung der Wirtschaft sei, beantrage sie eine Ansatzkürzung um den bisherigen Differenzbetrag zwischen Ausgaben und Einnahmen.

Staatssekretär Krebs (MWMT) macht darauf aufmerksam, daß die Gebühren des Eichamtes durch Bundesgesetz festgelegt würden und erst im Juni dieses Jahres angehoben worden seien. Insofern habe das Land keinen Einfluß darauf. - **Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** begegnet diesem Einwand mit dem Hinweis, daß das Land dann über den Bundesrat aktiv werden sollte. Im übrigen wandle er seinen

Antrag dahin gehend ab, die Ausgaben des Eichamtes um 2,1 Millionen DM zu kürzen. Hierbei sei man nicht vom Bund abhängig.

Abgeordneter Stüber (SPD) weist darauf hin, daß der Einzelplan 08 in seinem Volumen gegenüber dem Vorjahr bereits um 372 822 400 DM und damit real um rund 10 % abnehme.

Die F.D.P. habe vor zwei Jahren das gleiche Antragspaket vorgelegt, das einem Rasenmäher gleiche, mit dem bei einer Einstellung zwischen 15 und 100 % über den Haushalt gefahren werde. Darin vermöge er keine Politik zu erkennen.

Was die nachgeordneten Behörden betreffe, so habe er bereits auf die laufende Organisationsuntersuchung hingewiesen. Man könne durchaus darüber diskutieren, ob bestimmte Aufgaben weiterhin von solchen Ämtern wahrgenommen werden müßten, ob sie von anderen besser erledigt werden könnten oder ob man Kooperationen eingehen sollte. Dies müsse vorher ernsthaft geprüft werden. Zuvor aber schon mehr oder weniger willkürlich Kürzungen vorzunehmen, halte er nicht für seriös. Deswegen werde die SPD diesen Anträgen nicht folgen.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) weist den Vorwurf, nach der Rasenmähermethode vorgegangen zu sein, zurück. Er habe gerade nicht überall gleichhohe Kürzungen vorgeschlagen, sondern die Kürzungen in der Höhe variiert und manche Bereiche ganz davon ausgenommen. Er verstehe deswegen den Vorwurf, unseriös verfahren zu sein, überhaupt nicht.

Die F.D.P. habe über Jahre gefordert, in der Wirtschaftsförderung von der einzelbetrieblichen Förderung abzugehen. Jetzt endlich habe die Landesregierung dies in ersten Ansätzen im Haushalt verwirklicht. Seine Fraktion sei nur etwas schneller und fordere dementsprechend höhere Einsparungen zum Beispiel beim Technologieprogramm, die die einzelbetriebliche Förderung betreffen.

Als besonders kritisch erweise sich bei den Haushaltsberatungen stets die Mischfinanzierung zwischen Bund und Land und jetzt auch zwischen EG und Land. In manchen Bereichen würde die F.D.P. andere Schwerpunkte setzen, was aber im Falle von Kürzungen die Gefahr in sich berge, daß man auch die Zuschüsse mit kürze. Die Mischfinanzierung mache es zunehmend schwieriger, titelscharf Ansatzkürzungen oder -erhöhungen vorzunehmen.

Abgeordneter Meyer (CDU) teilt die vom Abgeordneten Tschoeltsch (F.D.P.) zuvor vorgetragene Bedenken hinsichtlich der Effektivität der von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft durchgeführten Inlandskampagne. Die CDU wolle allerdings nicht so weit gehen, eine Kürzung in der von der F.D.P. beantragten Höhe mitzutragen. Der CDU gehe es eher darum, bei der GfW in der Sache zu anderen Vorstellungen zu kommen.

c) Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) hebt hervor, daß die Anträge seiner Fraktion mit einer schriftlichen Begründung versehen seien, was zur Verdeutlichung und zu einer Verkürzung der Diskussion beitragen werde.

Abgeordneter Stüber (SPD) weist darauf hin, daß sämtliche Anträge mit Ausnahme des Antrags, fünf Titel aus Kapitel 08 030 Titelgruppe 61 - Handlungsrahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen - in den Einzelplan 06 umzusetzen, im Vorjahr schon einmal gestellt und abgelehnt worden seien. Hierzu sei in der heutigen Sitzung bereits erläutert worden, daß diese Aufgaben beim Wirtschaftsminister als dem für den Handlungsrahmen zuständigen Minister gebündelt würden. Insofern könne man die Diskussion tatsächlich stark abkürzen.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) macht geltend, daß die Struktur der Anträge zwar die gleiche sei, daß es aber einige neue Argumente gebe. So habe er gern die Untersuchung der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer zitiert, die auch eine Reaktion des Wirtschaftsministeriums hervorgerufen und eine bestehende Vermutung weiter fundiert habe.

Da er fürchte, daß sein Antrag zum "Programm Rationelle Energienutzung" im Zusammenhang mit dem "Ökologischen Sonderfonds Klimaschutz" und der Abwärmeabgabe abgelehnt werde, kündige er für diesen Fall an, daß er dann einen Antrag auf Erhöhung des Ansatzes beim "Programm Rationelle Energienutzung" um 15 Millionen DM stellen werde.

Abgeordneter Stüber (SPD) legt dar, daß seine Fraktion dem Antrag der GRÜNEN zum "Programm Rationelle Energienutzung" nicht zustimmen werde. Auch den

alternativ angekündigten Antrag werde die SPD ablehnen, weil nicht erkennbar sei, wie die GRÜNEN die 15 Millionen DM aufbringen wollten, nachdem ihre anderen Anträge, die sie zur Finanzierung heranziehen wollten, abgelehnt worden seien.

Das REN-Programm sei bereits im laufenden Jahr um 3 Millionen DM erhöht worden, und für das kommende Jahr würden 16 Millionen DM zusätzlich dafür veranschlagt. Das Programm sei zwar ausgesetzt, doch gehe er davon aus, daß es spätestens Ende des ersten Quartals des nächsten Jahres mit neuen Richtlinien, die man sorgfältig zu prüfen haben werde, fortgesetzt werde.

Die SPD werde darauf drängen, daß das Ministerium rechtzeitig neue Programminhalte mit den entsprechenden Richtlinien vorlege. Das Programm solle keinesfalls, wie es in Presseverlautbarungen fälschlicherweise zu lesen gewesen sei, gestoppt oder aufgehoben werden. Es sei lediglich ausgesetzt, weil man sich angesichts der gewaltigen Antragsflut Zeit nehmen wolle, darüber nachzudenken, ob alles, was bisher gefördert worden sei, richtig und sinnvoll sei. Dieser Prüfung wolle sich die SPD nicht entziehen.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) weist darauf hin, daß im Laufe der Sitzung den ökologischen Sonderabgaben bereits zugestanden worden sei, marktkonform zu sein. Er habe die früheren Einwände dagegen ohnehin nie verstanden. Schließlich sei zum Beispiel auch Professor Biedenkopf (CDU) für einen starken Ordnungsrahmen in einer Marktwirtschaft eingetreten und habe sich dafür ausgesprochen, Sonderabgaben auf bestimmte Tatbestände zu erheben. Hier sehe er keine grundsätzlichen Probleme. Insofern erhalte er auch die Forderung nach einer Abwärmeabgabe aufrecht.

Er halte eine Ansatzserhöhung um 15 Millionen DM für einen angemessenen Betrag. Der Eindruck, den die Aussetzung des Programms mache, sei in einem Umfeld, das sowieso schon durch andere Faktoren - wie zum Beispiel schleppende Genehmigungen - ziemlich gebeutelt sei, verheerend und frustrierend. Dies müsse man korrigieren, indem man mehr Geld dafür ausbebe und an anderer Stelle entsprechend spare, wie es seine Fraktion vorgeschlagen habe.

d) Anträge der SPD-Fraktion

Abgeordneter Stüber (SPD) erläutert, der Antrag zu **Kapitel 08 030 Titelgruppe 96** - Programm zur Förderung des Fremdenverkehrs in Nordrhein-Westfalen - habe nicht nur eine Ansatzserhöhung um 500 000 DM zum Inhalt, um damit auch im investiven Bereich tätig werden zu können, sondern ziele auch darauf ab, das Wort "Fremdenverkehr" durch "Tourismus" zu ersetzen.

Bei dem weiteren Antrag seiner Fraktion zu **Kapitel 08 030 Titel 661 10** - KMU-Programm NRW - gehe es darum, einen Haushaltsvermerk anzubringen, wonach die Ausgaben bis zu 5 Millionen DM der Einsparungen bei Titel 661 69 überschritten werden dürften, weil man noch nicht absehen könne, wie sich das KMU-Programm in den nächsten Jahren entwickeln werde, und man nicht dauernd in Engpässe geraten wolle.

Bezüglich des ersten Antrag bittet **Abgeordneter Meyer (CDU)** die Landesregierung um eine Beurteilung des Deckungsvorschlags, wonach beim Materialprüfungsamt eine entsprechende Kürzung vorgenommen werden solle. - Die Kürzung um 500 000 DM ist nach den Worten des **Staatssekretärs** in dieser Form in Anbetracht des gesamten Investitionsvolumens beim Materialprüfungsamt verkraftbar.

Abgeordneter Meyer (CDU) drückt daraufhin sein Bedauern darüber aus, daß die CDU-Fraktion in den anderen Positionen nicht noch stärkere Kürzungen beantragt habe. Es sei ihm auch völlig unverständlich, wieso die SPD-Fraktion die Kürzungsvorschläge der CDU in den Bereichen abgelehnt habe. Als erstaunlich empfinde er die nachlässige Arbeit der Landesregierung, die erst im nachhinein entdeckte, daß beim Materialprüfungsamt für die Anschaffung von Geräten und dergleichen 500 000 DM zuviel veranschlagt seien. Es sei immerhin bemerkenswert, daß der **Staatssekretär** dies auch noch zugebe. Das erleichtere die Argumentation der Opposition in zukünftigen Haushaltsplanberatungen erheblich.

Der Ansatzserhöhung beim **Tourismus** um 500 000 DM stimme die CDU zu; allerdings lehne sie die beantragte Umbenennung der Titelgruppe in "Programm zur Förderung eines umwelt- und sozialverträglichen Tourismus in Nordrhein-Westfalen" ab, weil - wie in anderen gewerblichen und industriellen Bereichen - auch nicht jeder **Tourismus** ausschließlich umwelt- und sozialverträglich werde sein können.

Der Antrag zum KMU-Kreditprogramm werde nur dazu beitragen, die Klarheit und Wahrheit des Haushalts weiter zu verschleiern, statt zu mehr Transparenz zu kommen. Eine echte Ansatzserhöhung wolle die SPD nicht, wie sie bei der Ablehnung des entsprechenden CDU-Antrags bewiesen habe. Die CDU werde deshalb diesen Antrag der SPD-Fraktion ablehnen.

Staatssekretär Krebs (MWMT) stellt klar, die Bezeichnung "verkraftbar" für die Kürzung beim Materialprüfungsamt habe ihre Begründung darin, daß sich die Ergänzung von Prüfeinrichtungen durch nicht vom MPA zu vertretende Gründe verzögere. Auf der Suche nach einer Deckung habe man hier eine Möglichkeit gefunden, die nicht zu nachhaltigen Beeinträchtigungen beim MPA führe.

Abgeordneter Stüber (SPD) betont, daß die CDU beim Materialprüfungsamt Kürzungen der Personal- und der Sachausgaben beantragt habe, während die SPD Kürzungsmöglichkeiten im investiven Bereich gefunden habe. Er bitte, diesen Unterschied zu beachten.

Beim KMU-Programm gehe es um die Eröffnung der Chance, möglicherweise mehr Anträge zu bedienen, als sie heute absehbar seien.

Zu dem Tourismus-Antrag macht Abgeordneter Meyer (CDU) noch einmal deutlich, daß er nichts dagegen einzuwenden hätte, wenn unter dieser Titelgruppe ein Titel mit der von der SPD beantragten Benennung "Förderung eines umwelt- und sozialverträglichen Tourismus in Nordrhein-Westfalen" eingefügt würde und dafür die beantragten 500 000 DM eingesetzt würden. Er halte es aber nicht für vertretbar, die Umwelt- und Sozialverträglichkeit als alleiniges Kriterium für die Förderung des Tourismus zu wählen und die gesamte Tourismusförderung unter dieser Überschrift zu subsumieren; Maßnahmen zur Imageverbesserung, Messebeteiligungen und ähnliches fielen dann nämlich möglicherweise aus der Förderung heraus.

Abgeordneter Skorzak (CDU) schlägt vor, die Titelgruppe wie folgt zu bezeichnen: "Programm zur Förderung des Tourismus und zu seiner umwelt- und sozialverträglichen Weiterentwicklung in Nordrhein-Westfalen". - Abgeordneter Stüber (SPD) übernimmt diesen Vorschlag.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
30. Sitzung

25.11.1992
the-ma

Abgeordneter Apostel (SPD) kommt auf die von seiner Fraktion vorgeschlagene Kürzung beim Materialprüfungsamt zurück. Er halte es für unangemessen, daß, wenn die SPD einen Vorschlag zu einer haushaltsmäßigen Änderung unterbreite und damit ihr parlamentarisches Recht wahrnehme, Abgeordneter Meyer (CDU) der Landesregierung daraufhin nachlässige Arbeit vorwerfe. Auf einen solchen Umgang miteinander sollte man verzichten.

Abgeordneter Meyer (CDU) ist der Meinung, daß, wenn offensichtlich in einem Titel 500 000 DM zuviel veranschlagt seien, es Aufgabe der Landesregierung gewesen wäre, darauf im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hinzuweisen. Wenn die Landesregierung aber erst auf Nachfrage seitens der SPD-Fraktion diesen zuviel veranschlagten Betrag "entdecke", dann habe sie sich entweder vorher Löcher geschaffen, um solche Beträge nach Bedarf verwenden zu können, oder aber es würden gezielt Informationen für den Fall vorgehalten, daß die Mehrheitsfraktion zu neuen Überlegungen komme.

Auch **Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** hätte es für den normalen Vorgang gehalten, wenn die Landesregierung dem Ausschuß im Laufe der Etatberatungen mitgeteilt hätte, daß beim Materialprüfungsamt 500 000 DM zuviel veranschlagt seien. Bei künftigen Haushaltsberatungen werde man dann also die Landesregierung kurz vor den Beratungen nach derartigen zu hohen Veranschlagungen fragen müssen.

Bei dem Tourismus-Antrag der SPD-Fraktion werde er sich der Stimme enthalten, weil er im Moment noch nicht übersehen könne, was die SPD unter "sozialverträglichem Tourismus" verstehe. Er gehe davon aus, daß die Umbenennung auch erfolge, um Inhalte zu verändern.

Den Antrag zum KMU-Programm werde die F.D.P. ablehnen. In nicht allzu langer Zeit werde es eine Ergänzungsvorlage für den Haushalt 1993 geben, und er halte es für den haushaltstechnisch besseren Vorgang, in diesem Rahmen Veränderungen an diesem Programm vorzunehmen.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) kündigt Zustimmung zu den beiden SPD-Anträgen an und bittet den Staatssekretär um Auskunft, wann das Ministerium erfahren habe, daß die Beschaffung beim Materialprüfungsamt nicht fristgerecht erfolgen könne. - **Staatssekretär Krebs (MWMT)** teilt mit, daß dies vor 14 Tagen der Fall gewesen sei.

Abgeordneter Apostel (SPD) macht darauf aufmerksam, daß der entsprechende Titel beim Materialprüfungsamt nicht mit 500 000 DM zuviel veranschlagt sei, sondern daß der Betrag lediglich im Moment nicht kassenwirksam werde, weil sich die Beschaffung verzögere. Eine echte Deckung sei darin insofern nicht zu sehen, als das Geld zu einem späteren Zeitpunkt zu dem vorgesehenen Zweck ausgegeben werden müsse.

Der **Ausschuß** nimmt den Einzelplan 08 unter Berücksichtigung der im Laufe der Sitzung beschlossenen Änderungen - siehe Anlagen 1 und 2 zu Drucksache 11/4708 - mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN an.

Als **Berichterstatter** für den Haushalts- und Finanzausschuß wird einstimmig Abgeordneter Apostel (SPD) benannt.

Nach Abschluß der Beratungen weist **Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE)** darauf hin, daß die Landesregierung für die Beantwortung seiner Kleinen Anfrage "Handlungsrahmen Kohleregionen - ein Bluff" um Verlängerung bis zum 15. Dezember gebeten habe. Während er sonst mit Fristverlängerungen keine Probleme habe, sei das in diesem Fall ausgesprochen mißlich, weil damit der Zweck der Antwort verfehlt werde, bei der zweiten Lesung des Haushalts verwendet werden zu können.

Staatssekretär Krebs (MWMT), der sich außerstande sieht, ad hoc zu dem Vorgang Stellung zu nehmen, sagt zu, sich um rechtzeitige Beantwortung zur zweiten Lesung zu bemühen.

gez. Dr. Schwericke

Vorsitzender